

Ich schreibe Ihnen im Namen des Arbeitslosenrates Dresden.

Sehr geehrter Abgeordneter der Linksfraktion im Deutschen Bundestag

Voller Erwartung traten wir am 24.02.06 unseren Weg nach Berlin an, um an der größten Anhörung in der Geschichte des Deutschen Bundestages teilzunehmen; - getragen von dem Gefühl, jetzt hört man auch mal dem Wähler zu, um Veränderungen herbeizuführen; jetzt nimmt man endlich auch den Sozialprotest auf der Straße ernst.

Mit großer Enttäuschung mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass Kernforderungen der Hartz-IV-Betroffenen von Ihnen letztendlich doch abgelehnt wurden.

Eine Forderung nach repressionsfreier Grundsicherung abzulehnen, mit der Begründung, damit ein Recht auf Faulheit zu gewähren, halten wir für unverschämt. Wem anderes, als Ihnen als Bundestagsabgeordneter, sollte es besser bekannt sein, dass es längst nicht mehr genügend Erwerbsarbeit für alle gibt. Und dass sehr viele Menschen jenseits des 40. Lebensjahres in dieser arroganten Gesellschaft kaum noch Zugang zum ersten Arbeitsmarkt oder einfach zu gerecht bezahlten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen haben, ist doch auch schon lange kein Geheimnis mehr. Wir fragen uns immer wieder, welche Umstände führen bei Politikern dazu, mit solcher Überheblichkeit über den Wähler zu verfügen?

Im Wahlprogramm der Linkspartei.PDS steht u.a. nachzulesen (unter Punkt 2: Soziale Sicherheit – Solidarität und Selbstbestimmung statt Sozialraub und Entmündigung): Einen Zwang zur Arbeit lehnen wir ab. Und wenn wir uns das alles richtig gemerkt haben, sind auch alle WASG-ler auf der Links-Liste auf der Grundlage dieses Wahlprogramms angetreten, (oder haben wir da etwas verwechselt?).

Der derzeit viel zu knapp bemessene Regelsatz treibt die Hartz-IV-Betroffenen unweigerlich in eine Schuldenfalle. Die seit Jahren enorm steigenden Lebenshaltungskosten stehen einfach in einem absoluten Missverhältnis zu den Kosten für die einfachsten Grundbedürfnisse des Lebens. Erinnern möchten wir dabei gleich noch, dass auch für uns im nächsten Jahr die Erhöhung der Mehrwertsteuer zutrifft. Und wer das alles nicht glauben mag, dem sei ein viertel Jahr „Hartz IV auf Probe“ empfohlen.

Es ist uns völlig unverständlich, dass Sie das gegeneinander Ausspielen von Erwerbstätigen und Erwerbslosen mitmachen. Denn nichts anderes bedeutet Ihre ablehnende Haltung, die Sie hoffentlich revidieren werden.

Immer wieder stellen wir fest, dass Menschen, denen die Lebenserfahrung mit Hartz IV fehlt, bestens Bescheid wissen, was für Arbeitslose gut ist und was nicht gut ist. Auch wir haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben, das für 345,-€ längst nicht mehr zu haben ist.

Auch von Ihnen erwarten wir, dass Sie Ihr Wählervolk ernst nehmen!

Gehen wir das Ziel gemeinsam an:

**Weg mit der Entwürdigung von Menschen!
Weg mit den Bedarfsgemeinschaften!
Weg mit Hartz IV!**

Zuversichtlich, dass Sie Ihre Entscheidung überdenken und korrigieren, verbleiben wir mit besten Grüßen

Monika Waldeck
Arbeitslosenrat Dresden
Bündnis gegen Sozialkahlschlag Dresden